

Eimsbüttel Info

INFORMATIONEN DER SPD-FRAKTION EIMSBÜTTEL

AUSGABE 1 / MAI 2016

Liebe Eimsbüttlerinnen,
liebe Eimsbüttler,

der Grünzug entlang der Isebek ist wohl das am meisten debattierte Stück Natur im Bezirk Eimsbüttel. Um seine Gestaltung, den Erhalt von Bäumen und den Zustand der Geh- und Radwege wird in der Kommunalpolitik bereits seit Jahren gerungen. Aber inzwischen ist eine einvernehmliche Lösung gefunden worden und wir möchten Ihnen das Konzept für die Entwicklung des Isebek-Parks vorstellen.

Auch an der Kollau wurde zuletzt hitzig diskutiert, und zwar über die Sicherung von Überschwemmungsgebieten. Diese fallen jetzt doch kleiner aus als zunächst angenommen. Mehr dazu finden Sie in dieser Ausgabe von Eimsbüttel Info.

Das Thema, das die ganze Stadt in den vergangenen Monaten am meisten bewegt hat, sind aber die Flüchtlingsunterkünfte mit der Perspektive Wohnen. Was in dieser Hinsicht im Bezirk Eimsbüttel geplant ist, schildern wir ebenfalls auf den folgenden Seiten. Als weitere Themen erwarten Sie das RISE-Gebiet in Eidelstedt und der neue Business Improvement District auf dem Niendorfer Tibarg.

Herzlichst
Ihr Rüdiger Rust



Einigung am Isebek

So soll der Grünzug entwickelt werden, S. 2

Hochwasserschutz an der Kollau

Überschwemmungsgebiet wird deutlich kleiner, S. 3

„Flüchtlingsunterkünfte mit der Perspektive Wohnen“ im Bezirk

Unterkunft am Hörgensweg wird kleiner als bislang geplant, S. 4

RISE für Eidelstedt

Rahmenprogramm Integrierte Stadtteilentwicklung für mehr Lebensqualität, S. 5

Bitte ein BID!

Der BID Tibarg geht in die zweite Runde, S. 7

Hans-Dieter „Tom“ Ewe

Zum Gedenken, S. 8

Einigung am Isebek

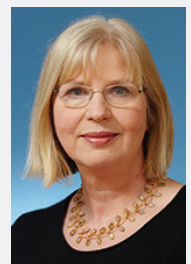
So soll der Grünzug entwickelt werden



Drainage ohne Baumfällungen gelegt werden“, erklärt Schum.

Darüber hinaus sieht das Pflege- und Entwicklungskonzept für den Isebek-Grünzug, das nach dem Runden Tisch im Frühjahr dieses Jahres auch vom Kerngebietsausschuss beschlossen wurde, diverse weitere Maßnahmen vor: So sind Neupflanzungen u.a. von heimischen Waldstauden und Hecken geplant. Schnitthecken sollen künftig den Radweg von der Liegewiese trennen und einen (Sicht-)Schutz für Wiese und Spielbereich bilden. Auch die Kai-fu-Mauer wird bepflanzt. Neue Sitzgelegenheiten sind geplant und auf den Grünflächen gilt eine Anleinpflcht für Hunde. Der Parkeingang an der Heymannstraße soll neugestaltet und der Bootssteg an der Mansteinbrücke instandgesetzt werden.

Seit Dezember 2015 ist der Isebek-Park auch offiziell als Grün- und Erholungsanlage ausgewiesen. Das hat jedoch zur Folge, dass die unbefugt an der Böschung abgelegten Boote entfernt werden mussten. Dazu Schum: „Wir bedauern sehr, dass es im Runden Tisch leider nicht gelungen ist, einen Platz zur Lagerung der Boote zu finden. Dennoch glaube ich, dass uns ein gutes Konzept für den Isebek-Park vorliegt. Von den geplanten Maßnahmen werden Radfahrer und Fußgänger ebenso wie Parkbesucher und Naturfreunde profitieren.“



Anne Schum
anne.schum@
spd-fraktion-
eimsbuettel.de

Radfahrer und Fußgänger an der Isebek können aufatmen. Nachdem über zehn Jahre um die Gestaltung des Grünzugs und seiner Wege gerungen wurde, hat es eine Einigung gegeben. Die Fuß- und Radwege entlang des Isebek-Kanals, die bei Regen immer wieder einem Pfützenmeer glichen, können endlich saniert werden. „Für den Isebek-Park ist ein Pflege- und Entwicklungskonzept verabschiedet worden. Einzelne Maßnahmen werden nun in Auftrag gegeben. Wir freuen uns darüber, dass eine einvernehmliche Lösung gefunden wurde, welche die Interessen der verschiedenen Nutzergruppen ausgleicht“, sagt Anne Schum, Sprecherin der SPD-Fraktion Eimsbüttel im Kerngebietsausschuss.

Der Isebek-Grünzug, der sich zwischen Hoheluftbrücke und Weidenstieg erstreckt, war seit dem Jahr 2008 Gegenstand von zwei Bürgerbegehren, einem Bürgerentscheid und einem Runden Tisch. Schon seit 2009 war sich die Politik mit der Isebek-Initia-

tive, welche die Bürgerbegehren initiiert hatte, über eine naturnahe Gestaltung des Grünzugs grundsätzlich einig. So wurde festgelegt, dass es keine größeren Baumfällungen, Bebauungen, Versiegelungen oder andere beeinträchtigenden Nutzungen geben und das ökologisch wertvolle Ufergehölz planerisch gesichert werden sollte.

Die dringend notwendige Sanierung der Geh- und Radwege blieb jedoch ein schwieriges Thema, das den Runden Tisch in den letzten Jahren immer wieder beschäftigte. Um zu verhindern, dass die Wege bei Regen regelrecht unter Wasser stehen, muss eine neue Drainage gelegt werden. Dies schien ohne Baumfällungen zunächst nicht möglich. „Im vergangenen Sommer wurde dann aber doch eine Lösung gefunden: Dank einer Änderung bei den Richtlinien zur Anlage von Radwegen, ist es möglich, den Radweg an der Isebek schmaler zu bauen. Außerdem gibt es neue Techniken des Wegebaus. Somit kann die

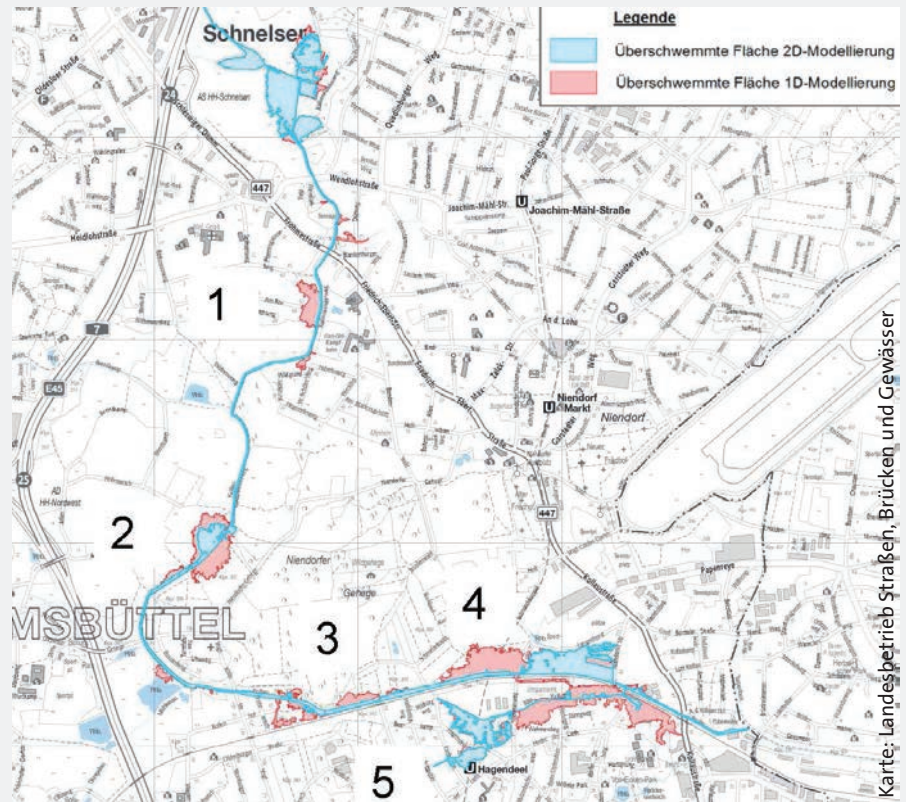
Hochwasserschutz an der Kollau

Überschwemmungsgebiet wird deutlich kleiner

Das vorläufig gesicherte Überschwemmungsgebiet der Kollau wird um 41 Prozent kleiner. Dies ist das Ergebnis einer Nachberechnung durch die Umweltbehörde. „Für viele Anwohner hat sich damit das lange Warten auf das Berechnungsergebnis gelohnt. Sie sind nun doch nicht von den baurechtlichen Einschränkungen betroffen, die mit der Ausweisung des Überschwemmungsgebietes einhergehen“, erklärt Ernst Christian Schütt, Lokstedter Mitglied der SPD-Fraktion Eimsbüttel.

Die Stadt Hamburg hat im Rahmen des Hochwasserrisikomanagements an Flussläufen, an denen durch extreme Niederschläge ein Hochwasserrisiko besteht, Überschwemmungsgebiete vorläufig gesichert. Die dortigen Grundstücke unterliegen baurechtlichen Einschränkungen, um die wachsende Gefährdung und das Schadenspotenzial durch zunehmende Starkregenereignisse zu reduzieren. Im Bezirk Eimsbüttel betrifft dies vor allem Gebiete an der knapp acht Kilometer langen Kollau, die in Schnelsen entspringt, die Stadtteile Niendorf und Lokstedt durchfließt und dann in die Tarpenbek mündet.

Nach Kritik an der ersten Berechnung mit einem bundesweit üblichen eindimensionalen Modell, welches die Überschwemmungsgrenzen auf Grundlage von Gewässerquerschnitten ermittelt, erfolgte eine neuerliche Überprüfung mit einem aufwändigeren zweidimensionalen instationären Modell auf der Grundlage eines sehr kleinräumlichen Gitternet-



Karte: Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer

zes. „Diese Methode erfasst die Gewässer und den angrenzenden Überflutungsraum unter Berücksichtigung der Topographie und der vorhandenen Gebäude noch genauer“, erläutert Schütt.

Im Ergebnis verringert sich die Fläche des vorläufig gesicherten Überschwemmungsgebiets dadurch von 39,06 auf 23,11 Hektar und die Anzahl der betroffenen Gebäude von 286 auf nur 37. Reduziert hat sich die Fläche im Niederungsgebiet östlich der Straße Am Ree, am Holloswisch zwischen Amerkamp und Niendorfer Gehege, im Bereich des Kollauwanderwegs zwischen Fohrwisch und Deelwisch sowie nordwestlich des Wehmerwegs und im Bereich Alte Kollau Ost. Etwas vergrößert hat sich das Gebiet im Bereich Liethwisch. Dazu Schütt: „Für die Anwohnerinnen und Anwohner bedeutet das Re-

sultat der Nachberechnung, dass nun die nicht mehr betroffenen Grundstücke wie zuvor auch schon genutzt werden können. Hinsichtlich der weiterhin betroffenen Flächen gelten baurechtliche Einschränkungen. Für neue Bauvorhaben können, sofern die Anforderungen des Bundesrechts dem nicht entgegenstehen, Ausnahmen erteilt werden. Ersatzbauten auf gleicher Grundfläche sind aber weiterhin grundsätzlich zulässig.“

Über die Einzelheiten informiert ein ausführlicher Leitfaden, der im Internet unter www.hamburg.de/ueberschwemmungsgebiete abrufbar ist.



Ernst Christian Schütt
ernst.christian.schuetz@spd-fraktion-eimsbuettel.de

„Flüchtlingsunterkünfte mit der Perspektive Wohnen“ im Bezirk

Am Hörgensweg werden 350 statt 600 Wohnungen für Geflüchtete entstehen

Auch wenn im Vergleich zum vergangenen Jahr im Augenblick weniger Flüchtlinge in Hamburg ankommen – die Unterbringungssituation bleibt weiter angespannt. Noch immer müssen viele Menschen in Containern und Hallen wohnen, in Eimsbüttel etwa auf dem Park& Ride-Platz beim Tibarg, in der ehemaligen Tennishalle an der Papenreue oder in einem ehemaligen Elektronikfachmarkt an der Kieler Straße. Mittelfristig fehlen insbesondere in den Folgeunterkünften weiterhin Plätze. „Für bessere Unterbringungsbedingungen zu sorgen, bleibt ein wichtiges Vorhaben, nicht zuletzt um die Voraussetzungen für eine schnelle und gute Integration zu schaffen“, so Rüdiger Rust, Vorsitzender der SPD-Fraktion Eimsbüttel.

Das Senatsprogramm „Flüchtlingsunterkünfte mit der Perspektive Wohnen“ spielt dabei eine zentrale Rolle. Die dadurch entstehenden Gebäude werden zunächst als Wohnunterkünfte für Geflüchtete genutzt und anschließend dem freien Wohnungsmarkt zur Verfügung stehen. Die rechtliche Grundlage für den Bau dieser Unterkünfte bildet in vielen Fällen eine neue Ausnahmeregelung im Baurecht, wonach für neue Flüchtlingsunterbringungen von den vorhandenen Bauplänen abgewichen werden kann. „Die Sonderregelung ermöglicht es, solche Unterkünfte schneller zu bauen“, so Rust. „In Eimsbüttel



Die Teilnehmer der Bürgerwerkstatt konnten eigene Ideen zu der geplanten Wohnbebauung am Hörgensweg einbringen, etwa zu der Anordnung der Gebäude.

wird diese Regelung beim Bau der Flüchtlingsunterkünfte am Hörgensweg und am Duvenacker angewendet.“ Für das geplante Bauvorhaben am Ellerbeker Weg in Schnelsen, welches ebenfalls dem Senatsprogramm „Flüchtlingsunterkünfte mit der Perspektive Wohnen“ zugeordnet wird, ist die neue Ausnahmeregelung hingegen nicht nötig. Die Errichtung der Unterkunft mit etwa 45 Wohnungen entspricht dort ohnehin dem bestehenden Bebauungsplan.

Kontrovers diskutiert wurde im Bezirk insbesondere die geplante Unterkunft am Hörgensweg.

Dort waren ursprünglich 600 Wohneinheiten für Flüchtlinge vorgesehen. „Eine solche Größenordnung an dem Standort wurde von vielen Seiten – so auch von großen Teilen unserer Fraktion – kritisch gesehen“, sagt Rust. „Damit sich das Quartier nachhaltig entwickeln kann, haben wir uns für eine deutliche Reduzierung eingesetzt.“ Mit Erfolg: Auf Antrag von Rot-Grün werden am Hörgensweg nun lediglich 350 Wohneinheiten für die Unterbringung von Flüchtlingen entstehen. Die Durchschnittsbelegung wird zudem von fünf auf vier Personen je Wohneinheit reduziert.

Neben diesen sogenannten Expressbauten ist auf der Freifläche am Hörgensweg auch regulärer Wohnungsbau geplant. So sollen dort zusätzlich zu den 350 Wohneinheiten im Rahmen des Senatsprogramms ca. 450 herkömmliche Wohnungen entstehen. Weil dazu jedoch eine Änderung des Bebauungsplans notwendig ist, wird dieses Vorhaben nachgelagert umgesetzt. Die Planungen dazu sind indes in vollem Gange. So hat auf Anregung der Fraktionen von SPD und GRÜNEN Ende April bereits eine Bürgerwerkstatt zur Vorbereitung des Wett-

bewerbsverfahrens stattgefunden. Das Wettbewerbsverfahren selbst soll noch im Sommer abgeschlossen werden.

Auch in die Vorgaben für den städtebaulich-freiraumplanerischen Wettbewerb sind wichtige Positionen der SPD-Fraktion eingeflossen. So setzt sich die rot-grüne Koalition dafür ein, dass das neue Quartier auch über Wohnungen verfügt, die speziell für Studenten und Auszubildende vorgesehen sind. Rust: „Es ist uns wichtig, dass am Hörgensweg ein attraktives, bunt durchmisches

Wohnquartier entsteht. Auch im Rahmen des Wettbewerbsverfahrens werden wir unser Augenmerk darauf richten, dass sich dort ein lebendiges Miteinander entwickeln kann. So legen wir Wert darauf, Orte der Begegnung von Beginn an mit einzuplanen und die räumlichen Voraussetzungen für kulturelle und soziale Aktivitäten zu schaffen.“



Rüdiger Rust
ruediger.rust@
spd-fraktion-
eimsbuettel.de

RISE für Eidelstedt

Mithilfe des Rahmenprogramms Integrierte Stadtteilentwicklung (RISE) soll die Lebensqualität im Stadtteil deutlich verbessert werden

Gute Nachrichten für Eidelstedt: Der Senat hat Teile des Stadtteils als RISE-Fördergebiet ausgewiesen. Dadurch werden in den kommenden sieben Jahren zusätzliche Mittel in Millionenhöhe für die Quartiersentwicklung nach Eidelstedt fließen. „Ich freue mich über die Senatsentscheidung und bin davon überzeugt, dass mit RISE ein wichtiger Beitrag zur Revitalisierung der Quartiere geleistet werden kann“, so die Eidelstedter Bezirksabgeordnete Dagmar Bahr.

Das Rahmenprogramm Integrierte Stadtteilentwicklung dient dazu, die städtebauliche Situation und die Lebensqualität in Gebieten mit besonderem Entwicklungsbedarf zu verbessern. Geplant ist, die RISE-Mittel für die Aufwertung des öffent-

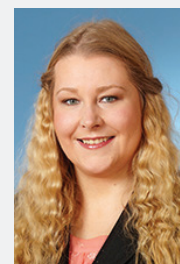
lichen Raums und für eine Verbesserung der Nahversorgung zu verwenden. Zudem soll in die soziale Infrastruktur investiert werden, etwa in den Ausbau von Spielplätzen und in die Weiterentwicklung der Stadtteilkultur.

Das Gebiet rund um den Eidelstedter Platz soll insbesondere in seiner Funktion als Nahversorgungszentrum gestärkt werden. Wichtig ist dabei auch, dass das Areal an Attraktivität gewinnt, etwa durch einen besseren Branchenmix, durch eine ansprechende Gestaltung der öffentlichen Plätze und Straßen oder durch die Weiterentwicklung des Wochenmarktes.

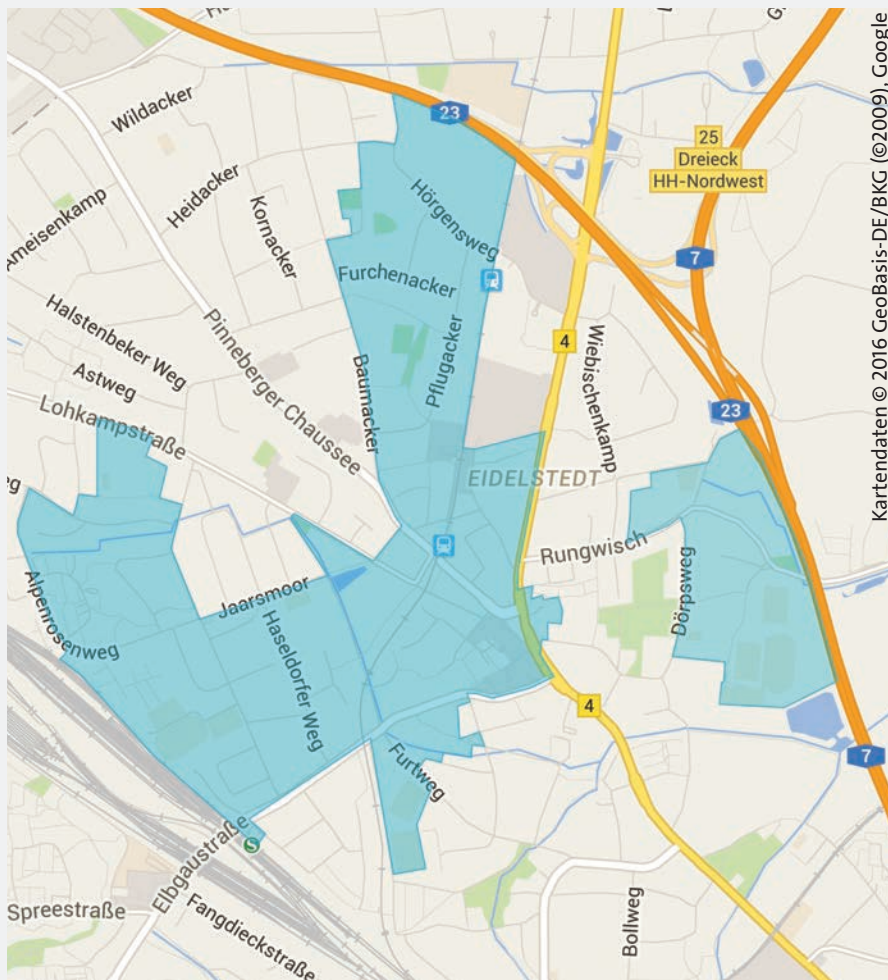
Neben dem zentralen Bereich um den Eidelstedter Platz umfasst das Fördergebiet in Eidelstedt die

Wohnquartiere um Pflugacker/Hörgensweg und Duvenacker/Steinwiesenweg sowie das Eisenbahnviertel (siehe Karte auf S. 6). In diesen Gebieten besteht der Schwerpunkt der Förderung darin, das Wohnumfeld zu verbessern, zum Beispiel durch eine höhere Aufenthaltsqualität von Grünanlagen und Spielplätzen.

Wichtige Maxime des RISE-Programms ist es, die Meinungsbildung und Entscheidungsfindung zu den geplanten Projekten auf eine breite Basis zu stellen. „Die eingesetzten Finanzmittel sollen die Lebens-



Dagmar Bahr
dagmar.bahr@
spd-fraktion-
eimsbuettel.de



Abgrenzung des RISE-Fördergebietes in Eidelstedt

Sollten die Bundesmittel bewilligt werden, wäre zusätzlich eine finanzielle Beteiligung auf Landes- und Bezirksebene in Höhe von 640.000 Euro erforderlich. Diese Ko-Finanzierung wäre bereits durch Kulturmittel des Landes, bezirkliche Sondermittel und Gelder des Quartierfonds gesichert. Insgesamt stünden somit rund 2 Mio. Euro für die Sanierung des Bürgerhauses zur Verfügung.

Auf die RISE-Mittel könnte bei diesem Vorhaben somit verzichtet werden. Bahr: „Das Bürgerhaus hat für den Stadtteil eine hohe Bedeutung. Mit den geplanten Flüchtlingsunterkünften am Hörgensweg und Duvenacker wird ihm auch bei der Integration der neuen Bewohner eine Schlüsselrolle zukommen. Denn Integration kann am besten dort gelingen, wo sich Menschen treffen, kennenlernen und gemeinsame Interessen und Projekte verfolgen. Mit den Fördermitteln des Bundes würde sich eine einmalige Chance bieten, das Bürgerhaus als Stadtteilkulturzentrum neu aufzustellen und für alle Eidelstedter – egal ob jung oder alt, neu hinzugezogen oder alteingesessen – zu einem attraktiven Ort der Begegnung zu machen.“ Ob die Bundesmittel für die Modernisierung des Bürgerhauses bewilligt werden, wird sich noch im Sommer dieses Jahres herausstellen.

qualität der Menschen vor Ort erhöhen. Das gelingt am besten, wenn die Anwohner, Geschäftsinhaber und Stadtteilinitiativen aktiv in die Entwicklung des RISE-Konzepts eingebunden werden“, so Bahr. Konkret soll dies durch Workshops oder Infoveranstaltungen geschehen. Darüber hinaus sollen aber auch kleinere Projekte, wie etwa Stadtteilstern, Ausflüge, Kunstprojekte oder Ferienprogramme durch Mittel aus einem Verfügungsfonds unbürokratisch und schnell unterstützt werden können.

Schon längere Zeit weit oben auf der Agenda für den Stadtteil steht die Sanierung des Eidelstedter Bürgerhauses. Auch hier

für sollen RISE-Mittel bereitgestellt werden. Allerdings ist für das Sanierungsvorhaben auch ein anderes Finanzierungsmodell denkbar: Der Bezirk hat sich mit einem umfassenden Modernisierungskonzept für das Bürgerhaus um eine Förderung in Höhe von etwa 1,25 Mio. Euro aus dem Bundesprogramm „Nationale Projekte des Städtebaus“ beworben.

Impressum:

Herausgeber: SPD-Fraktion Eimsbüttel
Helene-Lange-Straße 1, 20144 Hamburg

Redaktion: Gabor Gottlieb (V.i.S.d.P.), Sonja Goslinowski, David Börn,
Ernst Christian Schütt

Portraitfotos der Fraktionsmitglieder: SPD Eimsbüttel, Inga Sommer
Portraitfoto von Hans-Dieter Ewe: Gaby Zimmermann

Bitte ein BID!

Der BID Tibarg geht in die zweite Runde

Seit 2010 erstreckt sich über den Tibarg der einzige Business Improvement District (kurz BID) des Bezirks Eimsbüttel. Durch die Zusammenarbeit der ortsansässigen Gewerbetreibenden und Grundeigentümer ist das Gebiet in den letzten fünf Jahren erkennbar aufgewertet worden und erfreut sich auch über die Stadtteilgrenzen hinaus wachsender Beliebtheit. Nachdem Ende 2015 der erste BID ausgelaufen war, ging im Februar dieses Jahres der BID Tibarg II offiziell an den Start. „Damit werden die Voraussetzungen dafür geschaffen, dass das Niendorfer Stadtteilzentrum für Nachbarn und Kunden weiter an Attraktivität gewinnt und als Einzelhandelsstandort konkurrenzfähig bleibt“, sagt Wilfried Mahnke, Niendorfer Mitglied der SPD-Fraktion Eimsbüttel.

Zum Gebiet des BID gehören neben dem Tibarg auch Grundstücke an der Straße Zum Markt und am Niendorfer Marktplatz – wobei das neue BID-Gebiet etwas kleiner ist als das erste. In den vergangenen fünf Jahren konnten schon viele Maßnahmen zur Aufwertung umgesetzt werden: So wurde die Straßenmöblierung geordnet und teilweise erneuert, eine Brunnenanlage gebaut und eine energiesparende LED-Straßenbeleuchtung errichtet. Für Kinder gibt es drei neue Spielflächen, moderne Fahrradbügel ersetzen die in die Jahre gekommenen Fahrradständer und der



Dorfplatz (siehe Abbildung) ist dank neuer Gestaltung und saisonal wechselnder Bepflanzung deutlich attraktiver. Der vom BID beauftragte „Tibarg-Meister“ hat die Ordnung im Blick. Im Winter sorgt die vorweihnachtliche Beleuchtung für Adventstimmung und ein Räumdienst für freie Wege. Seit Anfang 2015 steht für die Tibarg-Besucher sogar kostenfreies WLAN zur Verfügung. „Die Umgestaltung der Einkaufszone und die neuen Service-Maßnahmen haben die Aufenthaltsqualität schon deutlich erhöht“, so Mahnke.

Beim BID II stehen nicht mehr bauliche Maßnahmen im Mittelpunkt, sondern Standortmarketing und verbesserter Service. Weiterhin gemeinschaftlich finanziert werden das Quar-

tiersmanagement und der Tibarg-Meister, Maßnahmen zur Unterhaltung und das WLAN. Im Zuge der Ausweitung der Marketingmaßnahmen soll die Präsentation der Angebote im Internet verbessert und ein Online-Marktplatz geschaffen werden.

Und noch etwas ist neu: Aufgabenträger des BID ist nicht mehr der Verein Aktionsgemeinschaft Tibarg, sondern die Stadt+Handel BID GmbH. Quartiersmanagerin bleibt allerdings Nina Häder, die zugleich geschäftsführende Gesellschafterin der Stadt+Handel BID GmbH ist. Mahnke: „Der Bezirk hat in der Vergangenheit bereits erfolgreich mit Frau Häder als Quartiersmanagerin zusammengearbeitet. Wir freuen uns sehr, dass diese Kooperation fortgesetzt wird.“



Wilfried Mahnke
wilfried.mahnke
@spd-fraktion-
eimsbuettel.de

Was ist ein BID?

Ein Business Improvement District ist ein Geschäftsgebiet, das dort ansässige Grundeigentümer und Gewerbetreibende in eigener Organisation und Finanzverantwortung entwickeln und aufwerten. BIDs werden für einen gewissen Zeitraum (maximal fünf Jahre) festgelegt und durch eine Abgabe aller ortsansässigen Grundeigentümern finanziert.

Hans-Dieter „Tom“ Ewe zum Gedenken

Tom hatte seinen festen Platz in der Fraktion – politisch, menschlich, aber auch ganz praktisch. In unseren Sitzungen saß er immer vorne leicht versteckt hinter der Säule. Abwartend, könnte man sagen. Vielleicht ein bisschen Elder Statesman, der mit seinen Jahren an Erfahrung genau wusste, wie der Hase in der Kommunalpolitik läuft, und der die Ruhe hatte, zur Räson zu rufen, wenn es hitzig wurde. Tom eröffnete dann gern mit „Ich denke mir mal“ und jedem war klar, dass nun in Wahrheit kein flüchtiger Gedanke folgte, sondern Tom mit richterlicher Präzision das Thema auf den Punkt brachte.



Bei aller Gelassenheit, mit der Tom in sich ruhte, saß ihm doch gern auch der Schalk im Nacken. Für eine gute Pointe war er stets zu haben. Und er war immer dann hellwach, wenn es bei Debatten ums Grundsätzliche ging, wenn sich politisch eine Richtung abzeichnete und natürlich, wenn es sein Herzensthema, die Jugendhilfe, betraf.

In den zwei Wahlperioden als Mitglied der Bezirksversammlung Eimsbüttel und bis zuletzt als zubenannter Bürger der Fraktion war Tom unser Aushängeschild in Sachen Jugendhilfe. Als Vorsitzender des bezirklichen Jugendhilfeausschusses, prägte er dieses Politikfeld in Eimsbüttel über insgesamt zwölf Jahre mit. Seine besondere Leidenschaft galt dabei der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen. Über Eimsbüttel hinaus wurde er als kompetenter Fachpolitiker und erfahrener Sitzungsleiter, auch bei schwierigen Themen, geschätzt. Daher wurde er kurz vor seinem Tod einstimmig zum Vorsitzenden des Landes-Jugendhilfeausschusses gewählt, was für ihn eine besondere Würdigung seiner politischen Arbeit war.

Am 15.03.2016 starb Tom überraschend im Alter von 76 Jahren. Er hinterlässt eine große Lücke – als Politiker und als Mensch.